

Denk-Anstöße 2004

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Ausgabe Januar 2004

Logik des Wachstums

Die Zahl der Tage, an denen die Deutschen ausschließlich für Steuern und Sozialabgaben arbeiten, hat sich seit 1953 von 52 auf 129 in 2003 mehr als verdoppelt. Interessant ist eine synoptische Gegenüberstellung der konjunkturellen Entwicklung: Betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum in den 50-er und 60-er Jahren noch 8,2 % bzw. 5,1 % p.a., so ist seitdem ein permanenter Wachstums-Rückgang zu verzeichnen. In den 90-er Jahren lag der jährliche Anstieg im Mittel gerade noch bei 1,1 %, seit 2001 geht die Entwicklung mit 0,3 % p.a. Richtung "Null-Wachstum". Ein Staat, der seinen Bürgern und Unternehmen immer tiefer in die Tasche greift, programmiert auf Dauer konjunkturelle Stagnation und Rezession.

Steuer-Realitäten

Die regierungsamtliche Aufschwungseuphorie hat den Tatsachen Tribut zollen müssen. Im dritten Quartal 2003 ist die Binnennachfrage um 1,6 % gesunken, was dem stärksten Rückgang seit dem Rezessionsjahr 1993 entspricht. Die anhaltende Konjunkturschwäche beschert den öffentlichen Haushalten nach neuesten Berechnungen für 2003 und 2004 Verluste bei Steuereinnahmen von insgesamt 19,1 Mrd. Euro. Schon heute müssen die Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg, Berlin und Niedersachsen über 10 % ihrer Gesamtausgaben nur für Zins und Tilgung ihrer Schulden ausgeben.

Horror-Zahlen

Eine erschreckende Tatsache hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Hinweis auf die "implizite Staatsverschuldung" infolge der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme offenbart. Die Verbindlichkeiten, die aus den Einzahlungen der Menschen in die Renten- und Pflegeversicherung resultieren, tauchen in keiner Haushaltsstatistik auf. Diese stillen Lasten summierten sich 2002 auf sage und schreibe 270 % des BIP. Dagegen belaufen sich die offiziellen Verbindlichkeiten – im Fachjargon explizite Schulden genannt –

Erhöhen sich die Zinsen um nur 1 %, steigen allein die jährlichen Zinskosten in Eichels Etat um 7,7 Mrd. Euro. Um die Zinsen für die alten Schulden zahlen zu können, müssen ständig neue Schulden zulasten kommender Generationen aufgenommen werden. Wie soll dieses unverantwortliche Revolving-System in einer Hochzinsphase funktionieren ?

Exodus

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen dürfte 2003 die 43.000-Marke überschritten haben. Die damit verbundenen Zahlungsausfälle von etwa 38 Mrd. Euro haben die ohnehin gravierenden Liquiditätsprobleme v.a. im Mittelstand weiter verschärft. Angesichts der weiterhin ungelösten Strukturprobleme wächst die Abwanderungsbereitschaft. Einer neuen Umfrage zufolge plant bereits jedes siebte Familien-Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern. Jede neunte Firma will die gesamte Fertigung "internationalisieren". Und jedes dreizehnte Unternehmen aus dem gehobenen Mittelstand will sich komplett aus Deutschland verabschieden.

Banken und Mittelstand

Von einer Finanzierungskrise spricht die Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmer. Vor allem den Großbanken, die sich teilweise vom Mittelstand verabschiedet hätten, wirft der Verband eine zu restriktive Kreditpolitik vor. Bestätigt wird dies durch eine neue EZB-Umfrage, derzufolge jede vierte deutsche Bank die Kreditzügel gegenüber Unternehmen im dritten Quartal 2003 weiter angezogen hat. Als Hauptgrund wird eine höhere Risikoeinschätzung aufgrund schlechter Konjunkturaussichten angegeben. Basel II lässt grüßen. Unstrittig ist: Angesichts der notorisch knappen Eigenkapitalausstattung wird die Fremdfinanzierung immer mehr zu einer Frage der Überlebensfähigkeit.

Bildungsmisere

Die deutschen Unternehmen müssen immer mehr Auszubildenden die Grundlagen des Schreibens und Rechnens vermitteln. BASF untersucht seit 25 Jahren die Vorkenntnisse

"nur" auf 61 % des BIP. Nach uns die Sintflut?

Schuldenfalle

Mehr als 1.300 Mrd. Euro an expliziten Schulden haben Bund, Länder und Gemeinden. Jede Sekunde kommen 2.241 Euro hinzu. Der Bund der Steuerzahler verdeutlicht die dramatische Dimension: "Würden ab sofort keine Schulden mehr aufgenommen und würde die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, so würde dieser Prozess mehr als 110 Jahre lang andauern müssen, um den Schuldenberg vollständig abzutragen."

Ausgabe Februar 2004

Reformkosmetik

Mit äußerst durchwachsenen Gefühlen ist Deutschland in 2004 gestartet. 78 % der Bundesbürger erwarten – einer "Spiegel"-Umfrage zufolge – nicht, dass die Wirtschaft in diesem Jahr wieder in Schwung kommt. 70 % rechnen mit weiter steigender Arbeitslosigkeit. Und die von 58 % geäußerte Hoffnung auf weitere Reformen dürfte sich im laufenden "Super-Wahljahr" mit Europa-Wahl sowie fünf Landtags- und acht Kommunalwahlen als trügerisch erweisen. Da vor allem die SPD fürchtet, bei weiteren unpopulären Reformschritten in die Bedeutungslosigkeit abgestraft zu werden, setzt sie jetzt auf blumige Ankündigungen und vage Absichtserklärungen. Vieles spricht dafür, dass 2004 zum "Jahr der Reformkosmetik" werden wird.

Deutsche Krankheit

"Der Sozialstaat gebärdet sich wie ein Konkurrent der privaten Wirtschaft auf den Arbeitsmärkten, der die Lohnansprüche hochtreibt, indem er ansprechende Ersatz Einkommen für das Nichtstun anbietet. Zwischen der Hochlohnkonkurrenz des Sozialstaates zu Hause und der Niedriglohnkonkurrenz auf den Absatzmärkten der Welt wird die deutsche Wirtschaft allmählich zerrieben. Das ist der eigentliche Grund für die deutsche Misere". Mit dieser Diagnose hat der Präsident des ifo-Instituts kürzlich den Zustand Deutschlands, des "kranken Mannes Europas", auf den Punkt gebracht.

durch Bewerber-Tests. Der Konzern konstatiert einen "nahezu kontinuierlichen Abwärtstrend". Nur noch ein Drittel der Hauptschulabgänger sei derzeit in der Lage, vier einfache Rechtschreibfragen korrekt zu beantworten. Die reale Bildungskatastrophe zeigt sich auch an der Tatsache, dass die Arbeitsämter 2002 für die Azubi-Nachhilfe ("Stützunterricht") 193 Mio. Euro ausgegeben haben. Ein vernichtenderes Armutszeugnis für die diversen "Bildungsreformen" der letzten 30 Jahre ist kaum vorstellbar. Die grüne Ministerin Künast hat zur Freude des Beamtenbundes festgestellt: "Deutsche Kinder werden so ausgebildet, dass sie sich nur für den öffentlichen Dienst eignen".

"Ausgetrickst"

Als Meister der vorwegnehmenden Exculpation hat sich erneut der Bundesfinanzminister präsentiert. Sollte Deutschland auch 2005 die Haushaltsdefizitgrenze des europäischen Stabilitätspaktes verletzen, so sei das der CDU anzulasten, die im Vermittlungsverfahren einen weitergehenden Subventionsabbau verhindert habe. Auch bei der Behinderung der Umsetzung unerwünschter Rechtsprechung zugunsten der Steuerzahler erweist sich Eichel als erfinderisch. So sieht sich die Präsidentin des Bundesfinanzhofes bei der richterlichen Auslegung der Gesetze "ausgetrickst" durch 42 ministerielle Nichtanwendungserlasse der letzten fünf Jahre. Zum äußerst fragwürdigen Taktieren des Bundesfinanzministeriums gehört auch die Praxis, unwillkommene BFH-Urteile einfach nicht im Bundessteuerblatt zu veröffentlichen. Der Hintergrund: Die deutschen Finanzbeamten dürfen die Urteile erst nach dortigem Abdruck anwenden.

Euro-Skepsis

Fünf Jahre nach dem Start der Europäischen Währungsunion und zwei Jahre nach Einführung des Euro-Bargelds nimmt das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung weiter ab. In Deutschland ist die Ablehnung am größten: 67 % der Bürger bezeichneten sich kürzlich als "unglücklich" über den Euro. Und 92 % äußerten die Meinung, dass die Einführung des Euro-Bargeldes zu Preissteigerungen geführt hätte. Wilhelm Nölling, ehemaliger Chef der Landeszentralbank Hamburg, geht

Standort Deutschland

Schlechte Noten hat Deutschland trotz oder vielleicht auch wegen der zaghaften Reformschritte bei einer kürzlich durchgeführten Befragung europäischer Top-Manager erhalten. Im Mittelpunkt stand dabei die Bewertung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit Noten von 1 (= sehr gut) bis 5 (= sehr schlecht). Das nur für Politiker überraschende Ergebnis: Deutschland rangiert mit der Note 3,4 deutlich hinter den europäischen Konkurrenten Großbritannien, Frankreich und Italien. Noch größer ist der Abstand gegenüber den globalen Spitzenreitern China (2,3), USA (2,6) und Japan (2,9).

Klartext

Bemerkenswert kritisch hat sich der Präsident des Bundesrechnungshofes zu den Rahmenbedingungen der teilweise vorgezogenen Steuerreform geäußert: "Der Finanzierungskompromiss hat einen Konstruktionsfehler: Bund und Länder verfallen jetzt wieder in ihre alte Gewohnheit, zur Deckung von Finanzierungslücken das Tafelsilber zu verscherbeln, das eigentlich die Schulden für die nachkommende Generation kompensieren soll. Das macht mich zornig. Die Jungen und die noch nicht Geborenen werden es ausbaden müssen".

Ausgabe März 2004

Vertrauenskrise

"Handwerklich sind die Deutschen noch nie so schlecht regiert worden wie von dieser Koalition." Dieses Resümee zieht der "Stern" in seiner bemerkenswerten Titelgeschichte "Die Vertrauenskrise". Die Politik schwebt völlig frei in Raum und Zeit. Und weiter: "Die oben können nicht mehr, und die unten wollen nicht mehr". Einer repräsentativen Untersuchung zufolge setzen nur noch 18% der Bevölkerung Vertrauen in das gegenwärtige Chaos-Kabinett.

Taktik statt Verantwortung

Jetzt ist klar: Die SPD misst wahltaktischen Überlegungen höhere Bedeutung bei als der Zukunftssicherung des Standorts Deutschland. Nur so sind die Ankündigungen führender Parteirepräsentanten zu interpretieren, daß 2004 nicht mit weiteren Reformschritten zu rechnen sei. Der SPD-Generalsekretär versteigt sich zu der absurden Behauptung:

noch weiter: "Die Einführung des Euro hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit verursacht."

Total versackt

Bürokratische Vorschriften haben hierzulande Lorient-Niveau erreicht. Kaum zu übertreffen ist ein Merkblatt der Deutschen Bundespost, in dem es heißt: "Der Wertsack ist ein Beutel, der aufgrund seiner besonderen Verwendung nicht Wertbeutel, sondern Wertsack genannt wird, weil sein Inhalt aus mehreren Wertbeuteln besteht, die in den Wertsack nicht verbeutelt, sondern versackt werden." Schön ist auch: "Ausfuhrbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt." Und: "Eine einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt". Oder: "Besteht ein Personalrat aus einer Person, erübrigt sich die Trennung nach Geschlechtern".

Zutrauen

Ein namhafter SPD-Repräsentant hat kürzlich im trauten Zirkel gekalauert: "Früher hat die Partei Schröder nicht allzu viel zugetraut. Jetzt traut sie ihm alles zu." Auch Komplimente kann man sich nicht immer aussuchen.

Nach Vorschrift

70% der Beschäftigten in Deutschland machen Dienst nach Vorschrift, 18% haben innerlich gekündigt, nur 12 % sind voll engagiert. Diese vom Gallup-Institut ermittelten Zahlen sind alarmierend: Die allgemeine Null-Bock-Stimmung verursacht pro Jahr Schäden von bis zu 260 Mrd. Euro. Das entspricht dem Bundeshaushalt 2004. Über die Ursachen für diesen arbeitsmoralischen Verfall kann spekuliert werden. Hauptgrund dürfte sein, daß sich hierzulande auch aus Sicht von Otto Normalverbraucher Leistung wegen der hohen Steuern und Sozialabgaben nicht mehr lohnt.

Stürmet die Regale!

Geld ist da in deutschen Landen. Durchschnittlich 10,8% ihrer verfügbaren Einkommen haben die Bundesbürger 2003 auf die hohe Kante gelegt. Durch die allgemeine Verunsicherung stieg das Geldvermögen auf

"Wir haben das Notwendige getan". Das "Handelsblatt" kommentiert: "Der Populist Schröder siegt über den Reformkanzler". Ankündigungen von Innovations- und Bildungsinitiativen sollen vom Reformstillstand ablenken. Abzuwarten bleibt, ob die Wähler die Neuauflage der "ruhigen Hand" akzeptieren werden.

Spitz gerechnet

Die Bundesregierung verlässt sich offenbar auf das schlechte Gedächtnis der Bürger: Seit 2000 wird regierungsamtlich jeweils für das Folgejahr eine wirtschaftliche Belebung vorausgesagt. So basierte der Bundeshaushalt 2003 auf einem BIP-Wachstum von 1,5%. Tatsächlich war bekanntlich ein Rückgang zu verkräften. Wirtschaftsjournalisten witzeln: "Natürlich kommt der Aufschwung im zweiten Halbjahr – die Frage ist nur in welchem Jahr". Clement zeigt sich auch für 2004 von Amts wegen optimistisch: "Spitz rechnen wir mit 1,7% Zuwachs". Der VW-Chef hat zur allgemeinen Euphorie angemerkt: "Ich erlebe zum ersten Mal, das ein Aufschwung überall stattfindet, nur nicht in den Auftragsbüchern".

Arbeitsmarkt-Kosmetik

Das ifo-Institut verweist darauf, dass selbst ein exportgestütztes Wachstum um 1,8% nicht die aktuellen Arbeitsmarktprobleme lösen würde. Allenfalls kosmetisch werde die Zahl der Arbeitslosen sinken, weil seit Januar 2004 die 100.000 vom Arbeitsamt finanzierten Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen aus der Statistik genommen werden. Grundsätzlich seien die bisherigen Reformen nur als Einstieg zu bewerten. Derzeit denkt die Bundesregierung über zusätzliche Möglichkeiten nach, unter Berufung auf "international vergleichbare Standards" die Arbeitslosen-Statistik erneut zu schönen. Am Rande ist anzumerken: Der DIHK rechnet für 2004 mit einem weiteren Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen.

Ausgabe April 2004

Wohlstands-Illusion

Mit einer in dieser Qualität einzigartigen Untersuchung hat der "Spiegel" den mittlerweile dramatischen Niedergang des "Modells

knapp 3,9 Bio. Euro. Das Pro-Kopf-Vermögen erhöhte sich rein rechnerisch auf 47.400 Euro. Ob des Kanzlers Neujahrsappell "Völker, stürmet die Regale!" zu einer nachhaltigen Belebung der Konsumfreude führen wird, bleibt abzuwarten. Einer im Januar durchgeführten GfK-Studie zufolge sind die Verbraucher weiter skeptisch.

TV-Rekord

Gestiegen ist allerdings 2003 der Fernsehkonsum: Jeder Zuschauer ab 3 (!) Jahren sitzt durchschnittlich pro Tag unfassbare 203 Minuten vor dem Bildschirm. Ob diese Nachricht angesichts des fortschreitenden Niveau-Dumpings bei den privaten und – mittlerweile leider auch – den öffentlichen Sendern Grund zur Freude ist, sei dahingestellt. Mehr denn je gilt: Das per TV vermittelte Sein bestimmt das Bewußtsein. Eine auf Sicht erschreckende Perspektive.

Munteres Geplapper

Eine internationale Vergleichsstudie will ermittelt haben, daß 68% aller Arbeitnehmer in Deutschland täglich bis zu einer Stunde durch ergebnislose Kommunikation verträdeln. Telefon-Geschwätz, überflüssige E-Mails und langatmige Meetings schaden der Produktivität. Vor allem in Behörden, aber auch in Großunternehmen gilt das Motto: Hauptsache, wir haben darüber geredet ...

Neuer Exodus

Mit dem Beitritt der zehn neuen EU-Länder wird sich der Kampf um die Fördermittel weiter verschärfen. Mit dem Beitritt erhöht sich die EU-Bevölkerung um ein Fünftel, während das BIP nur um 5 % steigt. Durch die Senkung des Einkommensdurchschnitts werden vor allem die ostdeutschen Bundesländer erheblich weniger EU-Gelder erhalten. Die Folgen sind derzeit unabsehbar. In den ersten zehn Jahren nach der Wende sind bereits 820.000 Ostdeutsche in die alten Bundesländer abgewandert. Insider befürchten eine weitere Ausblutung ganzer Regionen durch einen neuen Exodus.

Wenn die bisherigen Rahmenbedingungen für Produzenten und Investoren nicht schleunigst verbessert werden, droht ein Aderlass unvorstellbaren Ausmaßes. Zum Vergleich: In

Deutschland" aufgezeigt. Interessant wäre eine Ursachenforschung im Hinblick auf die kontraproduktive Rolle der 68er-Mentalität, die in vielen öffentlichen Bereichen unverändert virulent ist. Prototypisch ist hier Lafontaine, der mit ungebrochenem Verdrängungsvorsatz (noch) mehr Umverteilung und Neuverschuldung fordert. So unumgänglich eine schonungslose Analyse der Ist-Situation ist, noch wichtiger wäre die Beantwortung der Frage, wo Deutschland bei weiterer Reformblockade in zehn Jahren stehen wird. Sollten sich die Verweigerer in Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Medien, die im Sinne ihrer Lebenslügen weiter mauern, durchsetzen, werden sie verantwortlich sein für einen Crash, dessen Dimensionen und Auswirkungen sich heute wohl niemand vorstellen kann.

Jobless Recovery

Deutsche Arbeitnehmer sind international kaum noch wettbewerbsfähig. Zwar wuchs die Industrieproduktion hierzulande von 1995 bis 2003 um 15 %, die reale Wertschöpfung nahm allerdings nur um 5 % zu. Während der Industrieumsatz zwischen 1993 und 2003 von 982 auf 1.349 Mrd. p.a. gestiegen ist, sank die Zahl der deutschen Beschäftigten von 7,54 auf 6,14 Mio. Ursächlich dafür ist die weiter zunehmende Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer. Mittlerweile betreiben die deutschen Unternehmen auch Forschung und Entwicklung schon zu über einem Drittel im Ausland. In den nächsten drei Jahren werden 130.000 Arbeitsplätze allein aus dem EDV-Sektor nach Osteuropa und Asien abwandern. Ökonomen sprechen bereits von "Jobless Recovery".

Allgemeine Verunsicherung

"Wirtschaft bangt um Konjunkturerholung" titelte das "Handelsblatt" Anfang März. Die Industrie meldet rückläufige Auftragseingänge im Januar. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Februar erstmals seit April 2003 gesunken. Der Einzelhandel hat die Erfüllung seiner Aufschwunghoffnungen auf 2005 verschoben. Belastet wird die konjunkturelle Entwicklung von hohen Ölpreisen und niedrigem Dollarkurs, vor allem aber von der Verunsicherung der Konsumenten und Investoren, die durch die Rückkehr zur politischen Reformblockade weiter zunimmt. Mit "Lachnummer Deutschland" hat der "Spiegel" kürzlich einen "Bericht zur Lage der Nation" überschrieben.

Lettland kostet eine Arbeitsstunde inklusive Sozialabgaben 2,42

Exportweltmeister ?

Zu den beliebtesten Argumenten der Reformverweigerer gehört die Feststellung, Deutschland sei doch Exportweltmeister. Daher könne es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit gar nicht schlecht bestellt sein. Übersehen wird dabei, dass unsere Außenhandelsstatistik immer höhere Anteile an im Ausland hergestellten Erzeugnissen umfasst. Das Institut der deutschen Wirtschaft stellt dazu fest: "Der deutsche Export wird immer mehr zu einer Drehscheibe von Produktionsbestandteilen der ausländischen Zulieferungswirtschaft. Zudem werden teilweise ausländische Produkte ohne eine zusätzliche inländische Wertschöpfung importiert und dann exportiert – also einfach nur durchgereicht." Anders ausgedrückt: Die Wertschöpfung in Deutschland sinkt weiter, obwohl deutsche Unternehmen mit ausländischen Werken und/oder verlängerter Werkbank Umsatzzuwächse erzielen. Das Wachstum deutscher Konzerne findet also zunehmend im Ausland statt.

Chinese way

Der Mannesmann-Prozess in Düsseldorf wirft ein bedenkliches Schlaglicht auf die Selbstbedienungsmentalität in Großkonzernen. Die Tatsache, dass

111 Mio. Mark zulasten der eigenen Gesellschaft an mehrere Top-Manager ausgeschüttet worden sind, dürfte sich selbst mit feinsinniger Rabulistik kaum rechtfertigen lassen. Auch die Behauptung, die Zahlungen seien keine "Prämie" für die plötzliche Zustimmung zur Übernahme durch Vodafone gewesen, gerät ins Zwielicht. Einem Zeugen zufolge hat der Repräsentant des Hongkonger Großaktionärs Hutchison Whampoa zur Beschleunigung des Verfahrens angeregt: "We need to do it in the chinese way".

Zitate

"Wir haben im europäischen Vergleich die ältesten Studienabgänger und die jüngsten Pensionäre. Dazwischen wird auch noch am wenigsten gearbeitet", merkt Hans Olaf Henkel an. Die Bundesbildungsministerin stellt zur Notwendigkeit von

Im Osten viel Neues

Die EU-Osterweiterung setzt das alte Europa zunehmend unter Druck. EUR, in Deutschland 26,34 EUR. Hinzu kommen in allen Beitrittsländern massive Vorteile bei den Unternehmenssteuern, die zum Teil über 50 % unter den deutschen Sätzen liegen.

Ausgabe Mai 2004

Zeitgeist

Bemerkenswerte Kritik hat die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld am politischen Kräfte-Parallelogramm geübt: "Deutsche Diskurse bewegen sich in vorgegebenen Bahnen, die von den ehemaligen 68ern, die heute als Politiker in Nadelstreifen Staat und Gesellschaft ins Chaos führen, bestimmt werden. Auf missliebige Thesen reagiert das politisch-mediale Establishment nur noch mit Empörung, Hysterie, Einforderung von Buße oder Sanktionen. Die Herrschaftsmechanismen dienen dazu, diesen Umverteilungsstaat zu festigen. Die 68er haben genau begriffen: Wer den Diskurs beherrscht, Begriffe setzt oder verbietet, bestimmt, wer am Diskurs teilnehmen darf und wer nicht, hat die Macht im Lande." Mit Blick auf die eigene Partei stellt die heutige CDU-Bundestagsabgeordnete fest: "Sobald das rot-grüne Meinungskartell Empörung inszeniert, finden sich Unionspolitiker, die diese Debatte ‚unerträglich‘ nennen. Danach wird mit Zitaten von Unionspolitikern gegen die Union Front gemacht".

Deutschland 2010

Schröders Regierungserklärung vom 25. März hat zum Thema "Deutschland 2010: Unser Weg zu neuer Stärke" viel Neues und Interessantes enthalten. Doch das Neue war nicht interessant und das Interessante nicht neu. Des Kanzlers Hauptanliegen war offenbar, der Koalition von Parteilinken und Gewerkschaftsführern Reizworte zu ersparen. Auch Angela Merkel erging sich vorrangig in wenig hilfreichen Wegweisungen wie: "Es geht darum, im Sinne unserer Interessen das Beste aus unserem Land zu machen." Wer hätte das gedacht? Wie Mehltau legt sich im "Super-Wahljahr" erneut politische Erstarrung über das Land.

Prinzip Hoffnung

Hochschulreformen etwas ratlos fest: "Wir können nicht gleichzeitig weniger werden, älter und auch dümmere." Und ein ebenso leidgeplagter wie chauvinistischer Billigflieger konstatiert: "Die Sitze werden immer schmaler und die Stewardessen immer breiter...".

Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft. Nur wenn der Arbeitsmarkt sowie die Sozial- und Steuersysteme durchgreifend umgestaltet würden, sei mit echten Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen zu rechnen. Leider ist derzeit keine Regierung in Sicht, die den Mut zu unpopulären Kraftakten hätte. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellt angesichts der anhaltenden Reformlethargie in Aussicht: "In zehn Jahren wird der Lebensstandard in Deutschland niedriger sein als heute."

Verantwortung

Als gravierendes Problem hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau die Unternehmensfinanzierung in Deutschland bezeichnet. Die KfW bezieht sich auf eine neue Befragung, der zufolge 43 % der Unternehmen "mit schwierigen Finanzierungsbedingungen zu kämpfen" haben. BDI-Präsident Rogowski bezeichnet es als alarmierend, dass immer mehr Mittelständler überhaupt keinen Kredit mehr bekämen. Vor diesem Hintergrund hat Clement an die Banken appelliert, mehr gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Nur der Vollständigkeit halber: Die 3,3 Mio. mittelständischen Firmen beschäftigen 70 % aller Arbeitnehmer und stellen 80 % der Ausbildungsplätze.

Zweierlei Maß

Mehr als 50 Mio. Menschen sind 2003 von deutschen Flughäfen ins Ausland gestartet. Das Vordringen der Billig-Airlines hat eine "Demokratisierung" des Verkehrsmittels Flugzeug bewirkt. Auffällig ist, dass die dadurch verursachten Umweltbelastungen offenbar selbst für Grüne ein Tabu-Thema sind. Eine von der EU-Kommission veranlasste Studie hat ergeben, dass schon fast 9 % der globalen Erwärmung auf Triebwerksabgase zurückzuführen sind. Bei einem Flug von Frankfurt nach Los Angeles und zurück ver-

Same procedure as every year: Die Forschungsinstitute senken die Konjunkturprognosen. Nur die Bundesregierung bleibt mannhaft bei ihren Traumwerten. Jetzt verschiebt man die Erwartungen auf das zweite Halbjahr, obwohl das Konsumklima weiter abkühlt. Politische Zukunftsgestaltung wird ersetzt durch das Prinzip Hoffnung.

Harakiri

Der deutsche Einzelhandel steckt in erheblichen Nöten. Einer neuen Studie zufolge werden 10.000 Betriebe das Jahr 2004 nicht überleben. Nahezu allgegenwärtig ist der Abbau von Arbeitsplätzen. Hauptursächlich für diesen Niedergang ist nicht nur der Harakiri-Preiskampf in vielen Branchen, sondern auch die Investitionsverweigerung infolge der allgemeinen Verunsicherung.

Ein Fünftel

Im Zuge der Agenda 2010 hat die Bundesregierung bisher allenfalls ein Fünftel der mindestens erforderlichen Reformmaßnahmen eingeleitet.

Ausgabe Juni 2004

Ganz beliebig

In den Jahren 2004 und 2005 werden der Bundesregierung nach Einschätzung Eichels mehr als 30 Mrd. Euro zur Etatdeckung fehlen. Der Finanzminister hat größte Schwierigkeiten, einen verfassungsmäßigen Bundeshaushalt 2005 sicherzustellen. Laut "Spiegel" haben sich Schröder, Fischer und Eichel mit Blick auf die anstehenden Wahlen auf ein "Ende der Zumutungen" verständigt. Zum angeblichen Konsens gehört auch eine noch höhere Fremdfinanzierung. Nur zur Erinnerung: Die Neuverschuldung des Bundes stieg von 22,8 Mrd. in 2001 über 38,6 Mrd. in 2003 auf voraussichtlich 47 Mrd. Euro in 2004. Beliebigkeit wird zum Politikersatz. Lafontaine lässt grüßen.

Gebot der Fairness

Unter der Überschrift "Die Lüge von der sozialen Gerechtigkeit" weist der "Stern" nach, dass der deutsche Sozialstaat mit jährlich 700 Mrd. Euro Umverteilung längst aus dem Gleichgewicht geraten ist. Das Magazin wörtlich: "Nichts ist ungerechter als unser über Jahrzehnte aufgeblähter Abgabenstaat, der fast allen nimmt und oft den Falschen gibt. Sein Umbau ist ein Gebot der Fairness". Und wenig hoffnungsvoll merkt das Blatt an: "Be-

ursacht ein Passagier eine ähnliche Erwärmung wie durch fünf Jahre Autofahren.

Schöne Aussichten

Sechs der zehn neuen EU-Mitglieder verstoßen gegen die EU-Stabilitätskriterien. In Ungarn, Zypern, Malta und Tschechien bestanden 2003 Deckungslücken von 5,9 bis 12,9 % des jeweiligen BIP. Da kann sich Deutschland mit 3,9 % schon fast als Vorbild aufspielen.

Kriechgewinnler

Kreative Alternativen zu den üblichen Verbalinjurien bietet das neue Buch "Die ultimativen Schimpfwörter für das Büro." Die Nettigkeiten reichen von Verlustzonenhysteriker und Halbleiter über Vorstandsgroüpe, Mehrheitsmeiner und Memo-Sprinkler bis zu Allroundlaie, Innovationsallergiker und Kriechgewinnler.

Höhe der Steuer- und Abgabenlast, arbeitsrechtliche Regelungen, Unberechenbarkeit der Finanz- und Wirtschaftspolitik, Bürokratie und Entwicklung der Lohnnebenkosten.

Rein statistisch

"Insgesamt gibt es eindeutige Signale", dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit beendet ist", hat Clement im April zum Erstaunen der Fachleute behauptet. Tatsächlich sind hierzulande nicht 4,547 Mio. Menschen arbeitslos, sondern fast 6,4 Mio. Geschönt wird die Statistik durch die Herausrechnung von 1,8 Mio. Menschen, die sich in "Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik" befinden bzw. sogenannte Lohnersatzleistungen erhalten.

Das Geld der Steuerzahler

Mit EU-Mitteln, die zu einem Drittel vom deutschen Steuerzahler kommen, wird künftig die Industrieansiedlung in den neuen EU-Mitgliedsländern gefördert. Der Kanzler meint, dass die Zukunft der Bundesrepublik nicht in einer "gnadenlosen Konkurrenz um niedrigere Löhne und Steuersätze" liegen könne. Schröder weiter: "Deutschland würde nicht nur diesen Wettbewerb verlieren, sondern auch die Qualitäten seines Wirtschafts-

lastet wird Arbeit – so lange, bis keine mehr da ist."

Erst die Partei ...

Ebenfalls im "Stern" stellt Hans-Ulrich Jörges fest: "Die Sanierungspolitik der Agenda 2010 ist gestoppt, zur Agenda 2003 gewendet, das Ende der Zumutungen verkündet. Partei und Regierung werden re-sozialdemokratisiert". Und weiter: "Erst kommt das Land, dann die Partei, deklamiert Schröder gern. Seit neuestem wird der Spruch rückwärts gedacht: Erst kommt die Partei ..."

Im Bremserhäuschen

Während viele Betriebsräte in zahlreichen Unternehmen tagtäglich konstruktive Mitverantwortung beweisen, gerieren sich einige Gewerkschaftsführer ohne Rücksicht auf Verluste als Bremser und Blockierer. Mit der Schimäre Sozialabbau versucht man vom eigenen Versagen abzulenken. Die heutige Führungsspitze agiert weit entfernt von Basis und Realitäten. Die Zahl der Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften ist von 11,8 Mio. in 1991 auf 7,36 Mio. in 2003 eingebrochen. Vaterlandslose Gesellen? Unternehmer, die zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit im Ausland investieren, werden von Rot-Grün neuerdings als "vaterlandslos" bezeichnet. Es gilt das alte Prinzip: Propaganda fällt Funktionärsseelen immer leichter als zukunfts-gestaltende Politik. Wie wäre es denn, wenn sich die Bundesregierung endlich um einen Abbau der Investitionshindernisse in Deutschland kümmern würde? Eine neue Befragung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) hat folgende fünf Kernprobleme ergeben:

Ausgabe Juli 2004

Völlig losgelöst

Die von der Bundesregierung angekündigte (noch) höhere Neuverschuldung kommt einem finanzpolitischen Offenbarungseid gleich. Den neuen Steuerschätzungen zufolge werden Bund, Länder und Gemeinden bis 2007 61 Mrd. Euro weniger einnehmen als geplant. Der EU-Stabilitätspakt spielt für die Bundesregierung de facto keine Rolle mehr. Der „Stern“ kommentiert das rot-grüne Chaos: „Sie können es nicht. Und vor allem: Sie können nicht miteinander. Das ökonomische Machtdreieck der wichtigsten Wirtschaftsnation Europas ist zerbrochen. Finanzminister

und Sozialstaatsmodells". Dagegen hilft jedoch nicht die geforderte "Harmonisierung" der Steuersätze, sondern nur die zügige Modernisierung unseres Landes. Die EU-Kommission hält den Steuerwettbewerb für nützlich, "weil er die Mitgliedstaaten ermutigt, das Geld ihrer Steuerzahler weise auszugeben." Es scheint, als habe man in Berlin bei aller Europa-Euphorie einige Konsequenzen übersehen.

Noch zu retten?

Alarm geschlagen hat Prof. Hans-Werner Sinn, Chef des ifo-Instituts, mit seinem neuen Buch "Ist Deutschland noch zu retten?" In einem Zeitungsbeitrag fasst er die Gründe für die Reformunfähigkeit folgendermaßen zusammen: "Die Parteien schieben einander die Schuld für die Wirtschaftsmisere in die Schuhe und sind nicht bereit, aufeinander zuzugehen. Jeder schaut ängstlich auf die Wählerstimmen, und keiner wagt es, bei den nötigen Reformen in Vorlage zu treten, weil er Angst hat, dass der politische Gegner sogleich Kapital daraus schlägt, indem er das Volksgewissen für sich reklamiert. Wenn die SPD einmal einen zaghaften Bremsversuch beim Sozialstaat startet, wird sie sogleich von der CDU/CSU links überholt. Zorn erfüllt mich, wenn ich sehe, wie die Zeit nutzlos verstreicht und wir nicht vorankommen, wie Deutschland weiter absackt und dem Zustand näher kommt, wo es als ein Land der kinderlosen Greise seine Kraft verliert und sich schicksalsergeben aus der Geschichte verabschiedet. Wir können die Kurve noch kriegen".

Auch wegen ihrer niedrigen Arbeitskosten präsentieren sich die EU-Beitrittsländer deutschen Unternehmen als attraktive Investitionsstandorte. Kostet eine Industriearbeiterstunde inklusive Nebenkosten z.B. in Lettland 2,29 Euro, so ist in Westdeutschland mit durchschnittlich 31,67 Euro zu rechnen. Ausdrücklich warnt die Bundesbank vor einer "defensiven Reaktion", die auf ein Festhalten an Bestehendem oder die Anpassung der neuen Mitglieder an deutsche Standards setze.

Null Rendite

Eichel weiß nicht weiter. Wirtschaftsminister Clement darf nicht weiter. Und Kanzler Schröder will nur eins: weiter dranbleiben.“ Und der „Spiegel“ spottet über die Qualität öffentlicher Kontroversen zwischen dem „gelernten Gymnasiallehrer Eichel und dem gelernten Taxifahrer Joschka Fischer“.

Zins-Garotte

Der ifo-Präsident sieht Deutschland in der „Zins-Garotte“. Pro Tag zahlt allein der Bund gegenwärtig 104 Mio. Euro Zinsen für seine Schulden in Höhe von 800 Mrd. Euro. 70 Mrd. Euro, also 3 % der Wirtschaftsleistung oder 14 % aller Steuereinnahmen, muss Deutschland jährlich für Schuldzinsen aufwenden. Jetzt ist die Zins-Trendwende in Sicht. Steigt die Durchschnittsverzinsung um nur 1 Prozent, so bedeutet dies für Bund, Länder und Gemeinden Mehrausgaben von jährlich 14 Mrd. Euro.

Hoffnungswerte

Nach Einschätzung der Bundesbank ist kein selbsttragender deutscher Aufschwung in Sicht. Das zaghafte Wachstum sei allein auf den Export zurückzuführen, während die Inlandsnachfrage stagniere. Strukturelle Reformen seien nötig, um den Unternehmen neue Ertragsperspektiven zu eröffnen. Für die mittelständische Wirtschaft stellt sich der Aufschwung derzeit nur als „Hoffnungswert“ dar. Falls es nicht bald zu durchgreifenden Standortverbesserungen komme, werde sich die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland weiter beschleunigen. Ganz oben auf der Forderungsliste stehen die Reform der sozialen Sicherungssysteme, mehr Eigenverantwortung, längere Lebensarbeitszeiten, Deregulierung und ein wettbewerbsfähiges Steuersystem.

Deutsche Standards

Die EU-Erweiterung erhöht den Reformdruck auf die deutsche Wirtschaftspolitik. So verweist die Bundesbank darauf, dass die effektiven Steuersätze für Kapitalgesellschaften in den neuen Mitgliedsländern zwischen 13 und 25 % liegen, während in Deutschland über 37 % anfallen.

Die Nettoumsatzrenditen der deutschen Unternehmen sind seit Ende der neunziger Jahre im Durchschnitt von knapp 3 % auf Null zurückgegangen. Damit belegt die Bundesrepublik im 20-Länder-Vergleich den letzten Platz. Auch beim haftenden Eigenkapital rangiert die gewerbliche Wirtschaft mit gerade noch 15 % der Bilanzsumme in 2002 am Ende des internationalen Rankings. Fachleute bewerten diese Entwicklung als existenzbedrohende Ausblutung des Standorts Deutschland.

Jobbremse

Zur Jobbremse hat sich das komplizierte Arbeitsrecht in Deutschland entwickelt. Einer repräsentativen IW-Umfrage zufolge sehen drei von vier Unternehmen hier das entscheidende Hemmnis für Neueinstellungen. 70 % der mittelständischen Betriebe geben an, wegen des gesetzlichen Kündigungsschutzes schon einmal auf Neueinstellungen verzichtet zu haben. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass ein weniger starres Arbeitsrecht dem Beschäftigungsniveau zugute kommt. Immer deutlicher wird: Soziale Schutzrechte wenden sich bei überzogener Ausprägung letztlich auch gegen die, die es eigentlich zu schützen gilt.

Defizite

Als Hauptursache der deutschen Bildungsmisere hat ein Wissenschaftler der Uni Bochum kürzlich den zu geringen gesellschaftlichen Stellenwert der Ausbildungsbereiche in Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften bezeichnet: „In einer Spaß- und Wohlstandsgesellschaft fehlt womöglich das rechte Verständnis dafür, dass technische Systeme humorlos reagieren, wenn sie nicht sachgerecht behandelt werden, und dass die wissenschaftlichen Grundlagen technischer Innovationen sorgfältig entwickelt werden müssen“. Und der Schauspieler Mario Adorf fasst seine TV-Erfahrungen folgendermaßen zusammen: „Das Fernsehen ist das Bild unserer heutigen Gesellschaft. Der geschmackliche Niedergang ist atemberaubend. Immer wenn man denkt, noch tiefer kann es doch nicht gehen, noch kleiner kann der gemeinsame Nenner doch nicht sein, stellt man fest: Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten bieten mit im Wettbewerb um den schlechtesten Geschmack.“

Aufbruch

Mit überzeugendem Elan und klaren Worten hat Horst Köhler bei seiner Antrittsrede im Bundestag zum heilsamen Aufbruch in der Bundesrepublik aufgerufen: "Die Agenda 2010 weist in die richtige Richtung. Was wir jetzt brauchen, ist Konsequenz und Stetigkeit bei der Fortsetzung dieses Weges." Mit Blick auf die verkrustete Besitzstandswahrung hat der Bundespräsident angemerkt: "Wir klammern uns zu sehr fest an dem, was wir haben. Und wir leben zu sehr in der Angst zu scheitern." Und den Parteien, Gewerkschaften und Verbänden hat Köhler ins Gebetbuch diktiert: "Wir können uns trotz aller Wahlen kein einziges verlorenes Jahr für die Erneuerung Deutschlands mehr leisten."

Trendwende

Mit der Titelgeschichte "Zurück zur 40-Stunden-Woche" weist der "Spiegel" nach, warum die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen. Die innerbetrieblichen Vereinbarungen für die beiden Siemens-Werke Bocholt und Kamp-Lintfort verkörpern eine bundesweit bedeutende Trendwende zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das ifo-Institut hält eine Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden für erforderlich. Die normative Kraft des Faktischen setzt sich durch. Gerade den mittelständischen Unternehmen, die den Exodus in Billiglohnländer vermeiden wollen, eröffnet sich damit ein konstruktiver Gestaltungsrahmen.

Tafelsilber

Obwohl der Finanzminister für 2005 einen in Art und Umfang beispiellosen Verkauf von Bundesvermögen in Höhe von 15 Mrd. Euro plant, wird Deutschland nach Einschätzung des DIW auch im nächsten Jahr die EU-Defizitgrenze verfehlen. Die gegenwärtigen Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden belaufen sich auf fast 1,4 Bio. Euro. Könnte man – ohne Neuverschuldung – monatlich 1 Mrd. Euro tilgen, so würde es 110 Jahre bis zum vollständigen Abbau dieses Schuldenbergs dauern.

Opium fürs Volk?

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich nach Angaben der Länderfinanzminister dramatisch zugespitzt. Die absehbare Neuverschuldung werde 2004 noch über dem Vorjahr liegen, das mit 69 Mrd. Euro einen neuen

Staatskrise

?

Wenig hoffnungsvoll sieht Prof. Arnulf Baring die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland: "Schröder wird weiter auf die Reformbremse treten, um für seine SPD zu retten, was zu retten ist. Wir stehen am Anfang einer Staatskrise, in der Schröder und die SPD ebenso zu scheitern drohen wie Merkels Union. Erst nach dem Zerfall und Neuaufbau unserer gesamten Sozialsysteme wird sich Deutschland konsolidieren."

Konsumklima

Einen "Hoffnungsschimmer" sah die GfK im Juli bei der Verbraucherstimmung in Deutschland. Der Konsumklima-Indikator habe sich leicht verbessert. Das betreffe vor allem die Kaufbereitschaft für Kühlschränke, Möbel und Automobile. Für das Gesamtjahr zeigen sich die Konsumforscher verhalten optimistisch. Zentrale Bremsfaktoren seien weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit und persönliche Zukunftsängste.

St. Florian

Nicht zu beneiden ist der Bundeskanzler bei seinem offenbar neu erstarkten Willen, das Notwendige zu tun. Bei einer von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Rede in Leipzig hat er kürzlich die "Unbeweglichkeit" der Deutschen beanstandet. Schon wegen der Einführung der Praxisgebühr sei es zu einer "fast vorrevolutionären Situation" in Deutschland gekommen. Die allgemein vorhandene Bereitschaft zur Veränderung habe in der Gesellschaft immer dann ein Ende, "wenn es um Einschränkungen bei sich selbst geht." Nur durch einen schmerzhaften Umbau könnten die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gemacht werden.

Inventur-Differenzen

Klauen wird in manchen Verkehrskreisen als Volkssport verstanden. Im deutschen Einzelhandel sind 2003 Waren im Wert von 2,1 Mrd. Euro, also 1,2 % des Gesamtumsatzes, gestohlen worden. Im statistischen Durchschnitt werden folglich pro Privathaushalt Waren im Wert von 55 Euro entwendet. Bedenkliche Fakten, die auf fortschreitenden Werteverlust schließen lassen.

Die Spießler

Die "Spießler"-Werbung der LBS-Bausparkasse in TV und Hörfunk hat als

Negativrekord markiert hatte. Die Staatsquote am Volkseinkommen liegt mittlerweile bei 57 %. Und 41 % der erwachsenen Deutschen leben mittlerweile von staatlichen Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Bafög und anderen Transfers. In dieser Situation fordert Lafontaine gebetsmühlenartig eine noch höhere Staatsverschuldung. Ein südamerikanischer Philosoph hat einmal resigniert festgestellt: "Das Volk wählt nicht den, der es heilt, sondern den, der ihm Drogen gibt."

Ausgabe September 2004

Am Tropf

"Die exorbitante Verbesserung des Exportwachstums ist der Regen, der die verödete deutsche Wirtschaft wieder zum Blühen bringt." So hoffnungsvoll kommentiert das DIW die aktuelle Entwicklung. Dagegen beschreibt das HWWA Deutschland als Patienten, der "am Tropf der Weltkonjunktur" hänge und damit sehr anfällig für externe Schocks (wie den Anstieg der Ölpreise) sei. Der Anteil importierter Vorleistungen am deutschen Export ist seit 1991 von 26 auf 40 % gestiegen. Die zunehmend ins Ausland verlagerte Wertschöpfung verhindert derzeit eine deutliche Belebung des Arbeitsmarktes.

Triste Wahrheit

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Deutschland liegt mit 8,64 Mio. Menschen doppelt so hoch wie die 4,36 Mio., die die Bundesagentur für Arbeit ausweist. Das hat die "Wirtschaftswoche" mit konkreten Zahlen nachgewiesen. Die reale Arbeitslosenquote beträgt folglich 18,8 % statt der offiziellen 10,2 %. Eine sehr gefährliche Art, sich in die Tasche zu lügen.

Reale Bedrohung

Allein zwischen März und Mai 2004 sind in Deutschland weitere 306.000 Arbeitsplätze weggefallen. 94 % der Deutschen bezeichnen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer inzwischen als reale Bedrohung. Vor diesem Hintergrund würden 54 % eine um 5 Stunden längere Wochenarbeitszeit akzeptieren. Als zentrales Hindernis für Neueinstellungen hat sich das schwammige Kündigungsschutzgesetz entpuppt, das mit unbestimmten Rechtsbegriffen wie "sozial ungerechtfertigt" zum oft unkalkulierbaren Richterrecht abgedriftet ist.

Grabgesang auf den 68er-Zeitgeist schon fast satirische Qualität. Vielleicht gewinnt das Land erst dann seine Reformfähigkeit zurück, wenn die gegenwärtigen Blockierer in Politik und Gewerkschaften, die ihre Inkompetenz mit ideologischem Gutmensch-Appeal kaschieren, durch eine pragmatischere Nachfolge-Generation mit Problemlösungsfähigkeit abgelöst worden sind.

Ökonomie des Öko-Stroms

1,9 Mrd. Euro Mehrkosten für Ökostrom mussten die deutschen Verbraucher 2003 berappen. Während der Marktwert bei rund 3 Cent pro Kilowattstunde lag, mussten die Versorgungsunternehmen den Einspeisern aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 9,13 Cent pro kWh bezahlen. Die Mehrkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um satte 19 %. Wenn die Windkraft fast nur noch wegen der staatlich garantierten Dauer-subsidierung zulegt, wird volkswirtschaftliche Vernunft durch ideologisches Wunschdenken ersetzt.

Kaufkraft auf Eis

Das private Geldvermögen der Deutschen ist von 2.428 Mrd. Euro in 1993 auf 3.922 Mrd. Euro in 2003 gestiegen. Allein im vergangenen Jahr haben die Bürger 191 Mrd. Euro zusätzlich auf die hohe Kante gelegt. Der Konsumverzicht bremst die Inlandsnachfrage. Am Rande bemerkt: Gegenwärtig erfolgt eine massive Umschichtung von Aktienfonds in Hedge-Fonds. Immer mehr Kenner warnen vor einer erneuten Blasenbildung mit erheblichen Risiken.

Abzocker

Klammheimlich hat das Präsidium des EU-Parlaments beschlossen, den Spesenbetrug durch Abgeordnete auch weiterhin zu dulden. Die Praxis, nicht die tatsächlich anfallenden Flugkosten, sondern deutlich höhere Pauschalen zu erstatten, bleibt erhalten. Zusätzlich zu Gehalt und Tagegeldern kann ein EU-Volksvertreter so – natürlich steuerfrei – bis zu 40.000 Euro jährlich kassieren.

Buch des Jahres

Ginge es nach der politischen Bedeutung, so

Rang 122

Trotz der Aufwärtsbewegungen einiger Branchen bezeichnen 74 % der Manager die aktuellen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen als schlecht oder sehr schlecht. Bei der jährlich veröffentlichten Studie "Economic Freedom of the World" hat sich der Standort Deutschland im Ranking weiter verschlechtert. Seit 2000 ist das Mutterland der sozialen Marktwirtschaft von Rang 15 auf die 22. Stelle abgesackt. Bei der staatlichen Reglementierung des Arbeitsmarktes rangiert die Bundesrepublik sogar auf dem vorletzten Platz von 123 Ländern.

Noch sozial?

Die Sozialleistungen je Bundesbürger sind von (umgerechnet) 703 Euro in 1962 auf 8.306 Euro in 2002 regelrecht explodiert. Damit haben sich die Pro-Kopf-Ausgaben innerhalb von 40 Jahren fast verzehnfacht. Mittlerweile werden hierzulande fast 700 Mrd. Euro – also ein Drittel des BIP – pro Jahr für soziale Zwecke ausgegeben. Durch Wildwuchs und Mißbrauchsuldung läuft das System Gefahr, sich selbst ad absurdum zu führen.

Ausgabe Oktober 2004

Vertrauen

Die OECD hat die Bundesregierung zu einer strikteren Fiskalpolitik aufgefordert, um das Vertrauen in den wirtschaftspolitischen Kurs Deutschlands wieder herzustellen. Die öffentlichen Haushalte müssten auf einen nachhaltigen Konsolidierungspfad geführt werden, so dass "innerhalb weniger Jahre ein ausgeglichener Staatshaushalt" erreicht werde. Gleichzeitig mahnt die OECD weitere Reformen an. Vor allem müsse die Fähigkeit der Wirtschaft, mehr Beschäftigung zu schaffen und das Produktivitätswachstum zu erhöhen, gestärkt werden.

Aufweichung

Die EU rechnet damit, dass Deutschland 2004 mit einem Staatsdefizit von 3,7 % zum dritten Mal in Folge gegen den Stabilitätspakt verstoßen wird. Der Schuldenstand werde sich auf 66 % des BIP erhöhen. In dieser Situation lässt der neue EU-Finanzkommissar durchblicken, dass man nicht länger auf der stringenten Durchsetzung von Sanktionen

müsste "Deutschland: Der Abstieg eines Superstars" zum Buch des Jahres avancieren. Der Autor und "Spiegel"-Redakteur Gabor Steingart beschreibt mit gebotener Deutlichkeit den anhaltenden Niedergang und die daraus resultierenden Gefahren für das Gemeinwesen. Und er skizziert die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen Neubeginn, der angesichts der verfahrenen Situation einer zweiten Staatsgründung nahe kommen werde.

Zeitbombe?

Eine bemerkenswerte These zu den Überlebenschancen der Regierung Schröder hat ein Berliner Insider der Macht kürzlich im vertrauten Kreis vorgetragen: Wenn der der Korruption (Leuna/Schützenpanzer) bezichtigte Ex-Staatssekretär Pfahls "auspacke", so könne dies – wie 2002 das Hochwasser – alle Wahl-Prognosen und Wahrscheinlichkeiten auf den Kopf stellen.

Frage der Staatsform

Die anhaltenden Proteste in den neuen Bundesländern gegen die Sozialreformen werfen Fragen auf. Die "Wirtschaftswoche" beschreibt die Montags-Demonstrationen so: "Pfarrer hetzen gegen die Marktwirtschaft. Gewerkschaftler wiegeln Demonstranten auf, Arbeitslose verhöhnen Steuerzahler". Und die "Times" kommentiert: "Die Bürger Ostdeutschlands sollten sich fragen, warum Ungarn, Tschechien und sogar Polen seit dem Zusammenbruch des Kommunismus so viel besser dastehen. Aber die Menschen im Osten Deutschlands machen sich nicht selbst, sondern den Staat und die Demokratie für ihre Lage verantwortlich. Nur eine kleine Minderheit der Ostdeutschen ist der Meinung, dass die Demokratie für sie die beste Staatsform ist. Dreiviertel von ihnen sind dem Irrglauben verfallen, dass der Kommunismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde. Also wird im Osten marschiert, im Westen hat man das Gefühl, dass es sich um einen Marsch in die Vergangenheit han-

bestehen werde. "Brüssel zieht dem Regelwerk die Zähne", kommentiert die Financial Times die von Deutschland und Frankreich geforderte Aufweichung des Stabilitätspaktes: "Eine Währung für zwölf und mehr Staaten, die weder einen nennenswerten gemeinsamen Haushalt noch eine gemeinsame Finanzpolitik oder gemeinsame finanzpolitische Spielregeln haben: Alle historischen Erfahrungen besagen, dass einem solchen monetären Experiment nur eine relativ kurze Lebensdauer beschieden ist".

Wertschöpfung

Im Juni 2004 hat sich der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe - gegenüber dem Vorjahresmonat - um knapp 15 % erhöht. Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten um 2 %. Unverkennbar geht die konjunkturelle Erholung hierzulande am Arbeitsmarkt vorbei. Das belegt auch die im August auf - offiziell - über 4,41 Mio. gestiegene Zahl der Arbeitslosen. Die Konjunktur wird weiter vom Export getragen, dessen Wertschöpfung aber zunehmend im Ausland erfolgt. Nur noch 60 % unseres Außenhandelsvolumens werden in Deutschland erzeugt, der Rest wird v.a. aus Ländern mit niedrigeren Personalkosten zugeliefert.

Wachstum

Mit einem zwischen 1998 und 2004 erwirtschafteten BIP-Wachstum von 17,9 % rangiert Deutschland auf dem vorletzten Platz der bisherigen 15 EU-Länder. Vor diesem Hintergrund fordert Prof. Wolfgang Wiegand, Mitglied des Sachverständigenrats, die Bundesregierung dazu auf, das Reformtempo deutlich zu erhöhen. Als aus internationaler Sicht kritischsten Punkt bezeichnet der Wissenschaftler die nachteilige Unternehmensbesteuerung.

Ausgabe November 2004

Globalisierung

In der stark ideologisierten Globalisierungsdiskussion werden die Rollen neu verteilt. Wurden noch vor wenigen Jahren die Entwicklungsländer als Opfer definiert, so dämmert jetzt die Einsicht, dass die Industrienationen mit hochgerüsteten, starren Sozialsystemen die wirklich Betroffenen der weltweiten Verfügbarkeit kostengünstiger Arbeit sein werden. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss alles tun, um die internationale Wett-

delt".

Energieversorgung

Der Weltenergieericht hat die rot-grüne Energiepolitik als "nicht nachhaltig" bezeichnet. Der 1923 gegründete World Energy Council, dem Vertreter der Energiewirtschaft aus 96 Ländern angehören, prognostiziert, dass sich bis 2050 nichts an der dominierenden Rolle der fossilen Energien ändern werde. Die Internationale Energie-Agentur erwartet bis 2030 sogar einen weiter steigenden Anteil von Öl, Gas und Kohle. Dagegen rechnet die Deutsche Energieagentur mit einem stark zunehmenden "ökonomischen Anreiz zu einer weltweit effizienteren Energienutzung durch steigende Preise."

Prioritäten

Über eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Dem UN-Weltwasserbericht zufolge sterben jährlich 1,8 Millionen durch verseuchtes Wasser. 2,6 Milliarden Menschen, also über 40 % der Weltbevölkerung, müssen ohne sanitäre Einrichtungen leben. Angesichts solch schockierender Zahlen drängt sich die Frage nach den ethischen Prioritäten im Zeitalter der Globalisierung auf.

Im Kreis

Bei einem Vortrag vor russischen Studenten hat der Bundeskanzler kürzlich Rilkes Gedicht "Der Panther" rezitiert. Dazu gehörte auch der zweite Vers, in dem es heißt: "Der weiche Gang geschmeidig starker Schritte, der sich im allerkleinsten Kreise dreht, ist wie ein Tanz von Kraft um eine Mitte, in der betäubt ein großer Wille steht." Ein bemerkenswertes Statement zu den Grenzen politischer Macht.

Dazu zählt der Wegfall des Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen in Kleinbetrieben. Die Gegner in SPD und Gewerkschaften, die derartige Denkmodelle ritualisiert als "unerträglichen Sozialabbau" denunzieren, übersehen, dass Kündigungsschutz nur dem dient, der Arbeit hat. Exzessiv ausgeformte Schutzrechte wenden sich hierzulande immer öfter gegen die Schwachen, die es eigentlich zu fördern gilt.

bewerbsfähigkeit zu stärken.

Sozialmissbrauch

Die "Mitnahme-Mentalität" der Deutschen hat der Bundeskanzler beanstandet. Die allgemeine Selbstbedienungs-Mentalität, die Eichel zufolge jährlich über 100 Mrd. EUR kostet, treibe den Staat in den Ruin. Auch wenn Schröder grundsätzlich Recht hat, so lenkt er doch von den Ursachen und Verantwortlichkeiten ab. Tatsächlich lädt pseudosozialer Wildwuchs ein zum Missbrauch. Politische Parteien, die sich jahrzehntelang darin übertraffen haben, neue Rechtsansprüche auf staatliche Leistungen zu generieren, dürfen sich nicht wundern, wenn abgabengeplagten Bürgern der Sinn für eine Unterscheidung zwischen legal und legitim abhanden gekommen ist. Abhilfe schafft nur eine strikt bedarfsorientierte Regelung, die das soziale Netz nicht zur Hängematte verkommen lässt.

Zweite Ruck-Rede

Der Bundespräsident hat die allgegenwärtige Überreglementierung und Überversorgung so auf den Punkt gebracht: "Wir haben mehr Staat, als wir uns leisten können." Schon die alte Bundesrepublik habe vor 1989 viele eigentlich nötige Veränderungen verschlafen. Zweifelhaft sei, ob das westdeutsche Wirtschaftswunder mit der heutigen Bürokratie überhaupt gelungen wäre. Und Köhler warnt vor dem Trugschluss, man könne die aktuellen Probleme durch immer höhere Staatsschulden in die Zukunft verlagern. Bleibt zu hoffen, dass dieser Appell mehr bewirken wird als die ebenso bemerkenswerte "Ruckrede" des Amtsvorgängers Roman Herzog. Letztlich sorgt wohl nur die normative Kraft des Faktischen für reformerische Bewegung.

Schutzrechte

Trotz der statistischen Kosmetik hat die deutsche Arbeitslosigkeit im September mit offiziell 4,25 Mio. Betroffenen (=10,3 %) den höchsten Wert seit 1997 erreicht. Kaum bekannt ist, dass im August rund 820.000 offene Stellen angeboten worden sind. 70.000 Arbeitsplätze sind schon seit längerem mangels fachkundiger und williger Bewerber nicht zu besetzen. Der Deutsche Juristentag hat kürzlich für eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts votiert.

Produktivität

Im Vergleich zu den anderen großen Wirtschaftsnationen muss die deutsche Industrie die höchsten Lohnstückkosten verkraften. So liegen die Arbeitskosten pro hergestellter Einheit in Frankreich und USA um 16 % günstiger, in Japan und Kanada sogar um 27 %. Damit erweist sich das gern gebrauchte Argument der angeblich hohen Produktivität in Deutschland als überholte Schutzbehauptung. Die Märkte haben längst reagiert: So sind die Investitionen ausländischer Firmen in der Bundesrepublik von 36 Mrd. \$ in 2002 auf 13 Mrd. \$ in 2003 eingebrochen. Und bereits 43 % der deutschen Industriefirmen investieren 2004 im Ausland. Hauptmotiv ist dabei die Kostensenkung.

Kreditpolitik

Basel II zeigt Wirkung. Immer mehr Firmen klagen über die restriktive Kreditpolitik der Banken. Nach Angaben der Bundesbank ist das Gesamtvolumen der an Unternehmen gewährten Kredite zwischen Ende 2003 und dem 30.6.2004 von 815,3 auf 806,7 Mrd. EUR gesunken. Diese Handhabung wirkt sich zunehmen als Konjunkturbremse aus. Investitionen und Auftragsvorfinanzierung werden blockiert oder verhindert. Der Kapitalmarkt braucht neue Finanzierungswege für die mittelständischen Unternehmen.

Zahlmeister

Mit 7,65 Mrd. EUR hat Deutschland 2003 seine Position als größter EU-Nettozahler weiter ausgebaut. Die Bundesrepublik trägt demzufolge höhere Finanzlasten als die nächstgrößten Zahler Großbritannien, Niederlande, Frankreich und Schweden zusammen. Insgesamt hat die Bundesregierung etwa 18 Mrd. EUR nach Brüssel überwiesen, um 10,4 Mrd. EUR zurückzubekommen. Am Rande bemerkt: Spanien hat als größter Netto-Empfänger im vergangenen Jahr 8,7 Mrd. EUR aus den EU-Kassen erhalten. Abzuwarten bleibt, zu welchen Mehrbelastungen die Osterweiterung führen wird. Die EU-Kommission hat bereits "vorgeschlagen", die Bemessungsgrundlage für die Nettozahler anzuheben.

Universal

Albert Einstein hat angemerkt: "Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit. Aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher."

Ausgabe Dezember 2004

Alarmstufe Rot

"In Deutschland herrscht sowohl im Zielbereich Wachstum als auch im Zielbereich Beschäftigung Alarmstufe Rot", lautet das alarmierende Fazit des "Internationalen Standortrankings" der Bertelsmann-Stiftung. Seit 1991 habe sich die wirtschaftliche Gesamtperformance der Bundesrepublik Jahr für Jahr kontinuierlich verschlechtert - im ersten Halbjahr 2004 war sie so schlecht wie in keinem anderen der 21 untersuchten Industrieländer. Nach Ansicht der Verfasser reichen die Reformen der Agenda 2010 nicht aus, um Deutschland wieder fit zu machen. Selbst bei einem konsequenten Reformkurs werde es Jahre dauern, bis sich die Wettbewerbsfähigkeit wieder spürbar verbessere.

Id(e)en des Merz

Die "gegenwärtige Wirtschaftskrise" sei geprägt durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Überforderung der sozialen Sicherungssysteme, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, ein unpraktikables Steuersystem und das Demografie-Problem, schreibt Friedrich Merz in einem Zeitungskommentar. Und der wohl profilierteste Marktwirtschaftler der Union warnt: "Die Sinn- und Akzeptanzkrise der marktwirtschaftlichen Ordnung kann schnell in eine Vertrauenskrise unseres politischen Systems übergehen, wenn nicht bald Wege zur Lösung der strukturellen Wachstums- und Beschäftigungskrise aufgezeigt werden."

Tanz auf der Titanic

"Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Das Finanzierungsdefizit war im letzten Jahr mit rd. 82 Mrd. Euro so hoch wie nie zuvor. Hierdurch werden die Gestaltungsspielräume zunehmend eingeschränkt. Die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung wird in ihrer Dramatik immer noch unterschätzt. Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder betrachten die Verschuldungsentwicklung mit höchster Sorge." Dieser im Mai 2004 veröffentlichte Appell an die Politik erwies sich als form-, frist- und zwecklos. Unter der Headline "Bettelrepublik Deutschland" bringt der "Stern" die Lage auf folgende Formel: "Rücklagen weg, Tafelsilber verkauft – die Politiker bangen und hoffen".

Zur Lage der Nation

Die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Niedriglohnländer führt in den nächsten zehn Jahren zum Verlust jedes vierten deutschen Industriearbeitsplatzes. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG). Von den zurzeit noch knapp 8 Mio. Industriearbeitsplätzen in Deutschland würden 2 Mio. bis 2015 verloren gehen. Diese Zahlen zeigen den Ernst der Lage auf. Die Internationalisierung zwingt die Unternehmen zu grenzüberschreitenden Investitionen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das Kernproblem besteht darin, dass das Umfeld vieler deutscher Arbeitsplätze nicht mehr konkurrenzfähig ist. Das ifo-Institut sieht daher die deutschen Arbeitnehmer als die eigentlichen Opfer der Globalisierung.

Risiko übersehen?

Die westeuropäischen Regierungen wollen Mindeststeuersätze für Unternehmen in der gesamten EU durchsetzen, um die Abwanderung von Firmen in osteuropäische Steuerparadiese zu stoppen. Die Gefahr besteht in der Tat. Denn: Während die effektive Steuerbelastung von Unternehmen z.B. in Deutschland 36 % beträgt, liegt die Quote in Ländern wie Litauen, Lettland, Slowakei, Polen und Ungarn zum Teil deutlich unter 20 %. Kann es wirklich sein, dass man diese Risiken in der Euphorie der Osterweiterung übersehen hat?

Deutsche Flaute

Die allseits bekannten Strukturprobleme erweisen sich immer mehr als gefährliche Konjunkturbremse. Zwischen 1995 und 2004 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Deutschland ganze 1,4% pro Jahr. Deutlich höher liegen die gemittelten Zuwachsraten in Ländern wie Irland (+7,9%), USA (+3,3%), Großbritannien (+2,9%) und Frankreich (+2,2%). Auch beim Pro-Kopf-Einkommen ist Deutschland mit 15.961 EUR hinter Länder wie Österreich, Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien zurückgefallen.

Zeitenwende

Deutschland muss 2005 Farbe bekennen. Die normative Kraft des Faktischen zwingt zu weiteren deutlichen Reformschnitten, um die

Die statistische Pro-Kopf-Verschuldung wird bald 17.000 Euro erreichen. Die Schulden der öffentlichen Haushalte steigen derzeit um 2.534 EUR pro Sekunde. Für 2005 rechnet Eichel mit Ausgaben von 258,3 Mrd. EUR bei Staatseinnahmen von 194,5 Mrd. EUR. Immer mehr ersetzt das Prinzip Hoffnung die zukunftsgerichtete Wahrnehmung politischer Verantwortung. Der österreichische Finanzminister hat frei von diplomatischer Rücksichtnahme erklärt: "Nicht der EU-Stabilitätspakt hat versagt, sondern die Finanzpolitik in Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich."

Grundabsicherung der Sozial- und Gesundheitssysteme zu erhalten. Dem sprunghaft zunehmenden Export von Arbeitsplätzen kann nur durch erheblich verbesserte Standortstrukturen begegnet werden. Die Fakten und Notwendigkeiten sind bekannt. Für die Bundesregierung gilt mehr denn je: Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.